



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hermann, Karl: Wiener Brief : zur Ermordung Stürgkhs

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Wiener Brief

Zur Ermordung Stürgkhs



as politische Verbrechen eines Neurastrhenikers hat die sehr kennzeichnende jüngste Entwicklung der inneren Zustände in Oesterreich, die auf eine Kraftprobe der verschiedenen Parteien und Nationalitäten, der verfassungsmäßigen Triebkräfte im Staate gegenüber dem Grafen Stürgkh hinauslief, vorzeitig und ohne Entscheidung abgebrochen. Die Ermordung dieses die politischen Leidenschaften so wenig erregenden Staatsmannes ist höchstens als Ausdruck der allgemeinen Ungebuld, die einen kranken Menschen bis zum Herostratenwahnsinn reizte, von tieferer Bedeutung: im übrigen ist sie zufällig und über die reinmenschliche Teilnahme hinaus, die sie erregt, bedeutungslos. Dieser Abschluß paßte so gar nicht zu der zögernden und trägen Entwicklung, die ihn unmittelbar veranlaßt hat. Der bis zur Tat erfolgreiche Widerstand Stürgkhs gegen die Einberufung des Reichsrates war weniger seiner persönlichen Kraft zuzuschreiben, als der Schwäche, Zersplitterung, Halbheit aller gegen ihn und gegen den bestehenden Zustand gerichteten Bestrebungen. Gerade darum aber, wegen des widerspruchsvollen Verhaltens der Parteien, der Nationalitäten, der Regierungen in den beiden Reichshälften ist diese ganze Bewegung für die Einberufung des Reichsrates so kennzeichnend und näherer Beobachtung wert.

Der Reichsrat ist im Frühjahr 1914 infolge der Obstruktion der Tschechen, die sich ihrerseits auf die Arbeitsunfähigkeit des böhmischen Landtages beriefen, nach Hause geschickt worden und hat seitdem als einziges Parlament aller Krieg führenden Staaten nicht mehr getagt. Im Sommer dieses Jahres haben sich einige Mitglieder der Hocharistokratie unter Führung des Grafen Sylva Tarouca mit der Wiederaufrichtung des Verfassungslebens beschäftigt, aber ohne genügenden Nachdruck. Durch die Debatten des ungarischen Abgeordnetenhauses war die Frage neu in Fluß gekommen. Die Opposition hatte bekanntlich parlamentarische Überwachung der äußeren Politik und eine Rechtfertigung Burians gefordert. Verfassungsmäßig ist diese nur möglich vor den Delegationen. Die Einberufung dieser beiden Reichshälften gemeinsamen Körperschaft hätte nach dem genauen Buchstaben der Verfassung den österreichischen Reichsrat vorausgesetzt. Die ganze Bewegung richtete sich von vornherein nicht nur gegen Burian und Tisza, sondern ebenso sehr gegen Stürgkh, gegen den die heftigsten Anklagen wegen seiner Beziehungen zu dem verurteilten Tschechenführer

Kramarsch erhoben wurden. Die ungarischen Forderungen wirkten nach Österreich herüber: jene aristokratischen Kreise nahmen ihre Tätigkeit wieder auf, diesmal mit mehr Energie und nicht mit so völligem Ausschluß der Öffentlichkeit, wie ihn das erstemal die Zensur erzwungen hatte. Es kam zu Entschliefungen aller drei Gruppen des Herrenhauses, der Konservativen, der Verfassungsmäßigen und der Mittelpartei, die einmütig die Einberufung der Delegationen verlangten. Für die Mitglieder des Herrenhauses war der Beweggrund das Bestreben, gegen die Vorherrschaft Ungarns in der Vertretung der Monarchie nach außen und im inneren Verfassungsleben ein Gegengewicht zu schaffen.

Die Abgeordneten des Reichsrates forderten ebenso Einberufung ihrer Körperschaft, freilich nicht einheitlich. Im deutschen Nationalverband ergab sich eine knappe Mehrheit für die Einberufung. Die neugebildete Deutsche Arbeitsgemeinschaft, die eine Reihe von Abgeordneten aus dem Nationalverband mit einigen außerhalb dieser Vereinigung zusammengeschlossen hat, trat entschieden für die Einberufung ein. Scharfen Widerspruch erhoben dagegen die Deutsch-Radikalen unter der Führung von Wolf und Pacher, die geheimnisvoll von der Möglichkeit sprachen, die Wünsche der Deutschen in Österreich, wie sie im sogenannten Osterprogramm zusammengefaßt sind, durch ein Dktroi zu verwirklichen. Ihre Haltung entsprach ihrer bisherigen Stellung zum Grafen Stürgkh, den sie trotz seiner offenbar tschechenfreundlichen Haltung noch immer stützten. Eine schwankende Haltung nahmen die Christlich-Sozialen ein: sie wollten der Einberufung nicht widersprechen, schon um nicht unvollständig zu werden, verlangten aber Bürgschaften für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments, namentlich eine Änderung der Geschäftsordnung, und stellten damit von vornherein die Verwirklichung ihrer theoretischen Forderung in Frage. Ganz eindeutig und entschlossen forderten den Reichsrat außer der Deutschen Arbeitsgemeinschaft nur die Sozialdemokraten. Außerdem von den Nichtdeutschen die Polen, die zugleich ankündigten, daß sie die polnische Frage in den Vordergrund rücken würden, und die Ukrainer.

Eine besondere Stellung behaupteten die Tschechen, die tschechische Sozialdemokratie gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien. Die Gründe, die sie gegen Reichsrat wie Delegationen anführten, waren leicht zu beschaffen und sind im einzelnen ohne größere Bedeutung. Die Schwierigkeiten lagen ja vor aller Augen. Um ihre demokratischen Überlieferungen zu wahren, erklärten freilich die freisinnigen Jungtschechen wie die Sozialdemokraten, sie seien natürlich für die Einberufung des Reichsrates an sich, aber nur dann, wenn Freiheit der Tribüne, volle Immunität und Freiheit der Berichterstattung gewährleistet sei: welche Bedingungen, das wußten sie selber am besten, unter den gegenwärtigen Umständen von der Regierung abgelehnt werden mußten. Dieser noch ließ ihre Forderung blicken: Es müßten an der neuen Tagung alle gewählten Vertreter teilnehmen. Das bezog sich auf die ziemlich zahl-

reichen wegen Hochverrats verurteilten oder ins Ausland geflohenen Abgeordneten (u. a. Kramarsch, Raschin, Metolitzky, Bojna, Choc und Burival, Masaryk, der Slovane Grafenauer). Gleichzeitig verwahrten sie sich gegen eine Mitteilung reichsdeutscher Blätter: sie hätten sich verpflichtet, keine Opposition zu machen. In Wahrheit fürchteten sie sich natürlich vor einer schärferen Wiederholung der Angriffe, die das ungarische Abgeordnetenhaus erlebt hatte und die sie unter dem Druck der gegenwärtigen Zustände und der vorliegenden Tatsachen kaum hätten erwidern können. Vor allem galt es für sie, Stürgkh zu stützen, der noch zuletzt im Kramarsch-Prozeß sich als ihr Freund erwiesen hatte: auch hatte er es bisher gehindert, daß die Kreiseinteilung in Böhmen durchgeführt werde, eine vorläufige Lösung der deutsch-tschechischen Streitfrage, die freilich den Tschechen ein Teil ihrer „via facti“, d. h. gegen die Gesetze erreichten Eroberungen und ein gut Teil ihrer Hoffnungen auf das „Staatsrecht“ genommen, keineswegs aber etwa eine „Bestrafung“ bedeutet hätte. Was sie an Stürgkh verloren haben, kann man am besten aus den Nachrufen der tschechischen Presse ersehen. Der Leitgedanke seiner Regierungstätigkeit sei die verantwortliche Teilnahme von Tschechen an der Regierung gewesen, und wenn er auch nicht alle tschechischen Wünsche erfüllt habe, so sei er doch ihren dringlichsten nach Möglichkeit und ohne Rücksicht auf Widerspruch nachgekommen.

So widerspruchsvollen Bestrebungen gegenüber hatte Stürgkh es nicht schwer, seine Ansicht durchzusetzen: es könne höchstens die Einberufung der Delegationen zweckmäßig erscheinen, allerdings unter gewissen Voraussetzungen, die letzten Endes eine Lahmlegung dieser ohnehin nicht sehr wirksamen Körperschaft bedeutet hätten. Zu dieser Einschränkung ihrer Forderungen waren schließlich auch die Herrenhausmitglieder gelangt. In der Versammlung der Parteivertreter, die der Reichsratspräsident Sylvester am 23. einberufen hatte, vertraten die Abgeordneten des Herrenhauses nur die Einberufung der Delegationen. Die Reichsratsabgeordneten forderten die Einberufung des Reichsrates, aber mit allen den schon angeführten Einschränkungen, die dem Obmann des deutschen Nationalverbandes Groß recht zu geben schienen. Er behauptete: vielen Volksvertretungen, namentlich aus gewissen Kreisen (konservativen und klerikalen) sei es mit ihrer Forderung nicht ernst, sie wünschten nur die Arbeitsunfähigkeit des Parlaments zu erweisen, um dann desto leichter ohne Verfassung und mit dem Diktroir wirtschaften zu können. Gemeinsam ist in der Tat den Abgeordneten des Reichstages nur der Wunsch, eine verfassungsmäßige Überwachung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des Staates zu erreichen. In der inneren Politik im übrigen gehen die Wünsche wie die Meinungen darüber, ob der Reichsrat diese Wünsche zu fördern geeignet sei oder nicht, soweit auseinander, daß wohl in der Tat eine Behandlung dieser Fragen, namentlich der nationalpolitischen, geradezu ausgeschaltet werden mußte, wenn man von der Regierung die Einberufung erlangen wollte.

Vor wenigen Wochen hieß es gelegentlich in der Presse: die Schuld liege nicht an Stürgkh, sondern am System. Das Unglück sei eben, daß man in Oesterreich nur lauter Stürgkhs habe. Ganz stimmt das nicht. Es fragt sich nur: ist die Mehrheit, sind die Politiker da, die einen starken Staatsmann, den Vertreter eines starken einheitlichen Oesterreichs genügend stützen könnten? Die Unerbitterlichkeit, mit der sich Stürgkh weniger durch Handeln als durch Verhindern behauptete, mochte pessimistisch stimmen. Immerhin würde ein weitblickender und großzügiger Staatsmann gewiß eine arbeitsfähige und dauernde Mehrheit formen können, wenn er den inneren Umbau Oesterreichs, der so unbedingt nötig ist und, richtig begonnen, sehr fruchtbar wäre, entschlossen in Angriff nähme. Die Deutsch-Oesterreicher, die doch die berufensten Führer der österreichischen Politik nach ihren Opfern und Leistungen im Kriege sein müßten, müßten bei stärkerer Einigkeit den Kern dieser Mehrheit zu bilden imstande sein. Eines ist sicher: Die österreichische Staatsidee, die in diesem Kriege im Bunde mit Deutschland, im Widerstande gegen den Osten in den besten Köpfen und im Herzen der wertvollsten Bevölkerungsteile Oesterreichs zu starkem Leben erstanden ist, wird entweder jetzt, während des Krieges auf die Wirklichkeit Einfluß gewinnen — oder nie. Es ist kaum denkbar, daß die unendlich reichen und wertvollen Kräfte der Doppelmonarchie nach dem Kriege wieder in der alten Weise beiseite stehen sollen; daß nach so viel unerhörten Opfern und Leistungen der aufbauenden Elemente wieder die zerstörenden und hemmenden Einfluß gewinnen sollten, die jener Staatsidee widerstreben — ohne eine andere lebensfähige an ihre Stelle zu setzen. Oesterreich muß sich endgültig entscheiden: ob es ein Tor des Ostens nach dem Westen werden will (wovon sich vor dem Kriege starke Anzeichen offenbarten) oder die Vormacht Mitteleuropas gegen den Osten. Ein Schwanken und Zögern zwischen beiden Gegensätzen ist nach dem Kriege nicht mehr möglich. Die Entscheidung wird für Deutschland von wesentlicher Bedeutung sein. Und andererseits: der Friede und die Stellung der Mittelmächte in diesem Frieden wird bei dieser Entscheidung den Ausschlag geben. Nach welcher Seite ein billiger Friede mit dem Osten die Waagschale senken würde, kann für jeden, der Oesterreich vor dem Kriege und während des Krieges genauer beobachtet hat, nicht zweifelhaft sein.

Karl Hermann

